* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur

Sonntagsblatt
Wirtsch. Woche
Natur
BN-Energ.Report
Welt am Sonntag
Bild am Sonntag
Auto Bild
Focus
Freitag
Die Woche

25 III

19. 05. 1994

Töpfer hält an Gorleben fest

Dt. HANNOVER, 18. Mai. Bundesumweltminister Töpfer beabsichtigt nicht, die Untersuchung des Gorlebener Salzstocks auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle zu beenden. Töpfer wies am Mittwoch einen Bericht zurück, wonach sich der Bund aus Gorleben zurückziehen wolle, weil in den neuen Bundesländern geeignetere Endlager-Standorte gefunden worden seien. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" hatte am selben Tag gemeldet, daß die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover Datenmaterial über sechs Salzstöcke in den neuen Bundesländern geprüft und alle sechs als besonders förderungswürdig bewertet habe.

Die BGR bereite einen Bericht für die Reaktorsicherheitskommission vor, hieß es, in dem zwölf Standorte klassifiziert würden, die sich für eine intensivere Erkundung anböten. Elf weitere seien in einer Vorauswahl ausgeschieden. In Betracht gezogen würden nicht nur Salzformationen (wie in Gorleben), sondern auch Granit und andere kristalline Gesteine in der Oberpfalz, im Bayerischen Wald, im Spessart, im Schwarzwald, im Odenwald und im Westharz. In den neuen Bundesländern wurden der Zeitung zufolge die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erwähnt.

Töpfer bestätigte, daß es im Zusammenhang mit der Suche nach geeigneten Endlager-Formationen seit Ende der siebziger Jahre Untersuchungen von Salz- und Kristallin-Gesteinen in verschiedenen Bundesländern gebe. Diese seien in den Koalitionsvereinbarungen von 1990 auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt worden. Aus diesen seit langem bekannten Forschungen eine Abkehr von Gorleben ableiten zu wollen sei völlig abwegig. Vielmehr sei ausdrücklich festgehalten worden, daß die weiteren Standorterkundungen „unbeschadet der Fortführung des Genehmigungsverfahrens Gorleben" vorgenommen würden. Nur für den Fall, daß sich Gorleben nach der untertägigen Erkundung „wider Erwarten" als ungeeignet herausstellen sollte, wolle man beizeiten wissenschaftliche Erkenntnisse über Ausweichmöglichkeiten sammeln. Die niedersächsische Landesregierung steht seit 1990 auf dem Standpunkt, daß die in diesem Bundesland betriebenen Endlagerprojekte in Gorleben (für stark wärmeentwickelnde Abfälle) und Schacht Konrad (für schwach wärmeentwickelnde Abfälle) nicht für die vorgesehenen Zwecke geeignet seien, und fordert daher, die Suche anderswo fortzusetzen.

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

18.5.94

Endlager Gorleben

Stiller Rückzug

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat den Glauben an das geplante Atommüllendlager in Gorleben offenbar verloren. Unbemerkt von der Öffentlichkeit wird nach alternativen Standorten für die Lagerung des strahlenden Mülls gesucht. Während Töpfer sich mit der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn noch Scheingefechte darüber liefert, ob die Erkundungsarbeiten in Gorleben fortgesetzt werden, wird in Bonn hinter verschlossenen Türen bereits eine Vorauswahl anderer geeigneter Standorte diskutiert.

Das Interesse der Koalition am Endlager-Standort Gorleben flaut ab. Dies zeigte schon die Anerkennung langfristiger Zwischenlager als Nachweis für die Entsorgung. Die im vergangenen Monat beschlossene Regelung entlastet Töpfer von dem Druck, bis zum Jahr 2008 eine Atommülldeponie bereitzustellen. Daß der Minister die so gewonnene Atempause nutzt, um Alternativen zu dem umstrittenen Standort im Wendland zu suchen, ist nur vernünftig. Doch der Minister vergibt eine große Chance, wenn er dies in aller Heimlichkeit betreibt.

Dahinter steckt wohl die Angst vor einem Aufschrei in den betroffenen Regionen. Doch offensichtlich hat Töpfer aus dem längsten Streit in der Geschichte der Atomenergie nichts gelernt. Sonst würde er die gleichen Fehler wie in Gorleben nicht noch einmal machen: Erneut wird die Öffentlichkeit nicht über die Pläne des Bundes informiert, Auswahlkriterien für Endlagerstandorte werden nicht frühzeitig offengelgt und diskutiert. Am Ende steht der Widerstand der Betroffenen, die sich wieder einmal von den Politikern überrannt fühlen.

Margit Kautenburger

R 5 III 6

z. Vg. Hse 23/5

265305

19 MAI 1994

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

Stroetmann: Länder ohne Abfallkonzept

hal. BONN, 18. Mai. Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Clemens Stroetmann, hat der SPD und einigen unionsregierten Ländern vorgeworfen, in der Abfallpolitik kein Konzept zu haben. Der Bundesrat wird an diesem Freitag das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ablehnen, das der Bundestag Mitte April gebilligt hatte. Stroetmann kritisierte, daß es bei der Ablehnung dieses Gesetzes, das er eines der wichtigsten Vorhaben der Legislaturperiode nannte, unheilige Allianzen von unions- und SPD-regierten Ländern gebe. Die von den Ländern gewünschte Produktverantwortung sei in dem Gesetz durchaus enthalten. Allerdings könne Abfallpolitik nur erfolgreich sein, wenn man Ziele definiere, deren Erreichung man dem Markt überlasse. Dirigistische Einzelvorschriften dazu, wie Verpackungen auszusehen hätten oder was überhaupt verkauft werden dürfe, würden niemals zum Erfolg führen. In diesem Sinne komme es nicht darauf an, den Vorrang der Wiederverwertung gegenüber stofflicher und thermischer Verwertung festzuschreiben. Es gehe nur darum, die bei der Abfallverwertung jeweils beste Lösung zu finden, für deren Ermittlung Maßstäbe gesetzt werden. Stroetmann erinnerte daran, daß die Länder bei ihrer Kritik auch daran denken müßten, daß Abfallkonzepte sich mit den Regelungen der Europäischen Union vereinbaren ließen. Falls die Länder es sogar ablehnen sollten, den Vermittlungsausschuß anzurufen, werde das vermutlich die Bundesregierung tun.

265306

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

19. 05. 1994

Töpfer sucht Alternativen zu Endlager in Gorleben

„Für den Fall, daß der Salzstock wider Erwarten ungeeignet sein sollte"

Bonn — Die Bundesregierung will sich nicht aus der weiteren Erkundung des niedersächsischen Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückziehen. Umweltminister Klaus Töpfer dementierte entsprechende Berichte. Allerdings räumte er ein, daß „rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten" an anderen Orten eingeleitet worden seien für den Fall, daß sich Gorleben „nach Erkundung wider Erwarten als ungeeignet herausstellen" sollte. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" hatte berichtet, Geologen des Bundes fahndeten seit Monaten nach anderen Endlagerstätten. Sie hätten sechs Salzstöcke sowie einige Lagerstätten in Granitgestein in Ostdeutschland als besonders untersuchungswürdig bewertet.

SPD und Grüne wollen im Falle einer Koalition in Bonn nur die ältesten Atomkraftwerke binnen vier Jahren abschalten. Das erklärten SPD-Chef Rudolf Scharping und der Grünen-Politiker Joschka Fischer in einem Streitgespräch in der „Zeit". Fischer nannte den von seiner Partei beschlossenen Atomausstieg innerhalb von zwei Jahren unrealistisch. (ap, dpa)

RS III 6

265307

Presseauswertung BMU

19. MAI 1994

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

Töpfer: Salzstock in Gorleben wird weiterhin erkundet

Untersuchungen in Ostdeutschland als „alten Hut" bezeichnet

BONN/HANNOVER, 18. Mai (dpa). Die Bundesregierung denkt nach den Worten von Umweltminister Töpfer (CDU) nicht daran, „sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen". Töpfer reagierte mit dieser Erklärung am Mittwoch auf einen Bericht in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", in dem auf alternative Erkundungen auch in Ostdeutschland hingewiesen wurde. Töpfer sprach von einem „alten Hut". Die Reaktorsicherheitskommmission (RSK) habe festgestellt, daß sich weder aus Gründen des Entsorgungskonzeptes noch aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen über Gorleben die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen.

Trotzdem würden auf der Basis der Koalitionsvereinbarung über den künftigen Energiekurs vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten zur Untersuchung weiterer Salz- und Kristallin-Formationen wie Granit vorgenommen. Der Schwerpunkt liege dabei in den alten Bundesländern. Als besonders untersuchungswürdig hat nach dem Zeitungsbericht die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt bewertet. Für alle sechs Standorte, die als mögliche Alternative zum geplanten Endlager in Gorleben in Betracht kämen, liege ausgewertetes Datenmaterial vor. Insgesamt seien in einem RSK-Protokoll 25 mögliche Standorte einschließlich Granitvorkommen in den neuen Ländern genannt worden.

Die Sprecherin des Bonner Umweltministeriums, Marlene Mühe, hatte darauf verwiesen, daß Erkundungsarbeiten in verschiedenen Gesteinsarten bereits seit den 70er Jahren in der Bundesrepublik betrieben würden. In diese wissenschaftlichen Arbeiten seien nach der Einheit die ostdeutschen Länder einbezogen worden.

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

19. 05. 1994

Atommüll-Endlager

Suche nach Alternativen

rei BONN, 18. Mai. Geowissenschaftler untersuchen im Auftrag des Bundes sechs Salzstöcke in Ostdeutschland auf ihre Eignung als Atommüll-Endlager. Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) bestätigte am Mittwoch einen entsprechenden Bericht der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, bestritt aber die Schlußfolgerung, er leite den Verzicht auf Gorleben ein. „Die Bundesregierung denkt gar nicht daran, sich aus der weiteren Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen", erklärte Töpfer. Es sei Teil der Koalitionsvereinbarung von 1990, nach möglichen anderen Standorten für den Fall zu suchen, daß sich Gorleben nach der Erkundung „wider Erwarten" als ungeeignet herausstellen sollte.

Die Zeitung zitiert Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover, nach denen die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erkundet werden.

2 Seite

265309

19. MAI 1994

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

Töpfer: Kein Rückzug aus Gorleben

Bonn/Hannover. (AP) Die Bundesregierung will sich keinesfalls aus der weiteren Erkundung des niedersächsischen Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückziehen. Mit dieser Erklärung wies Bundesumweltminister Klaus Töpfer gestern in Bonn Berichte zurück, er untersuche Alternativen zu Gorleben. Allerdings räumte Töpfer ein, daß „rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten" in anderen Salzstöcken und Granitformationen eingeleitet worden seien für den Fall, daß sich Gorleben „wider Erwarten als ungeeignet herausstellen" sollte.

Presseauswertung BMU

19. MAI 1994

265310

29

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Z
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Z
* Hamb. Morgenp
* Leipziger Vol
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
Woche
Report
Sonntag
Sonntag

Töpfer sucht Atommüll-Endlager im Osten

■ Bundesumweltministerium prüft alternative Standorte zu Gorleben

Berlin (taz) – Die Bundesregierung läßt mit Hochdruck nach Alternativen zum Atommüll-Endlager Gorleben fahnden. Ins Fadenkreuz sind dabei auch erstmals Salzstöcke und Granitformationen in den neuen Bundesländern geraten. Die Sprecherin des Bundesumweltministers, Marlene Mühe, bestätigte gestern, daß Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) nach Durchsicht der Akten mindestens sechs Salzstöcke in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg als mögliche Alternativen für die Lagerung hochradioaktiven Atommülls genannt hätten. Die Namen fielen bei einem mündlichen Zwischenbericht der BGR-Wissenschaftler für die Reaktorsicherheitskommission (RSK). Im September soll die BGR erstmals seit zehn Jahren ein Gutachten mit einer naturwissenschaftlichen Rangfolge möglicher Endlagergesteine in ganz Deutschland vorlegen. „Da werden dann auch Salzstöcke aus Westdeutschland dabeisein", versprach gestern Georg Blümel, Abteilungsleiter bei der BGR. Nach der Aktenlage kommen derzeit außer den Salzformationen auch 25 Granitgesteine in Ostdeutschland und 11 im Westen (Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Schwarzwald, Spessart, Westharz und Odenwald) als Alternativen zu Gorleben in Frage.

Im Bonner Ministerium wiegelte man gestern ab. Die Untersuchungen seien ein alter Hut. Solche Untersuchungen seien in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung angekündigt worden.

Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Erstmals seit Jahren nannten die BGR-Wissenschaftler die Namen konkreter Standorte für ein Endlager. In dem vertraulichen Protokoll der RSK sind die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erwähnt. Ein Endlagerstandort ist nach der derzeitigen Rechtslage Bedingung für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

Der Salzstock in Gorleben war 1977 nach einer geologischen Vorauswahl unter 280 Salzformationen als möglicher Endlagerstandort benannt worden. Nach Angaben des damals mit der Vorauswahl befaßten Geologen Gerd Lüttig war Gorleben nicht unter seinen Favoriten. Das sei eine politische Entscheidung gewesen.

Der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Frieder Jelen (CDU), wandte sich gestern gegen eine Suche nach Gorleben-Alternativen in Ostdeutschland. Auch Umweltschützer kündigten Widerstand gegen ein Atommüll-Endlager in dem Bundesland an.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg reagierte nicht erleichtert. „Bei uns gibt es keine Spur von Euphorie", so Wolfgang Ehmke von der BI. „Die Endlagersuche an anderen Orten bedeutet nicht den Abschied von Gorleben." Gorleben sei als Dauerzwischenlager für hochradioaktiven Atommüll weiter eingeplant. „Ab Freitag werden wir dieses Zwischenlager, dieses Zeugnis der atomaren Steinzeittechnologie, mit mittelalterlichen Rammböcken, Schleudern und Katapulten belagern", versprach Ehmke.

Hermann-Josef Tenhagen

265311

19. MAI 1994

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

GORLEBEN

Töpfer: Kein Ausstieg

HANDELSBLATT, Mittwoch, 18.5.1994

dpa BONN/HANNOVER. Die Bundesregierung denkt laut Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) nicht daran, „sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen". Töpfer reagierte mit dieser Erklärung auf einen Bericht der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", in dem auf alternative Erkundungen auch in Ostdeutschland hingewiesen wurde. Er verwies auf Feststellungen der Reaktorsicherheitskommmission (RSK), daß sich weder aus Gründen des Entsorgungskonzeptes noch aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen über Gorleben die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen. Trotzdem würden gemäßt der Koalitionsvereinbarung weitere Salz- und Kristallin-Formationen vor allem in den alten Ländern untersucht.

19. MAI 1994

265312

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

25 III

Töpfer will Gorleben nicht aufgeben

BONN (dpa). Seit der Einheit suchen Geologen auch in Ostdeutschland nach möglichen Standorten für ein Atommüllendlager. Dies geht aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission (RSK) hervor. Gleichwohl denkt Bonn laut Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) nicht daran, „sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen". Seine niedersächsische Amtskollegin Monika Griefahn (SPD) forderte erneut einen Stopp der Arbeiten in Gorleben und eine konsequentere Suche nach alternativen Standorten. Im Bonner Umweltministerium wurde unterstrichen, daß derartige Erkundungsarbeiten auf wissenschaftlicher Basis im Interesse einer Vorsorge bereits seit den siebziger Jahren in Westdeutschland betrieben und nach der Einheit auf Ostdeutschland ausgedehnt worden seien. Töpfer verwies auf RSK-Feststellungen, daß sich weder wegen des Entsorgungskonzepts noch aus dem bisherigen Untersuchungsergebnis über Gorleben die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen.

Presseauswertung BMU

265313

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

18.5.94

Bund untersucht Alternativen zum Atom-Endlager Gorleben

Sechs Salzstöcke in Ostdeutschland in der engeren Auswahl / Auch Granit geprüft

kau. Hannover

Im Streit um das geplante Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben bereitet sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) offensichtlich auf einen Rückzug vor. Bereits seit Monaten fahnden Geowissenschaftler des Bundes nach alternativen Endlagerstätten für Atomabfälle. Sechs Salzstöcke in den neuen Bundesländern wurden bereits als besonders untersuchungswürdig bewertet. Auch bei der Auswahl möglicher Lagerstätten in Granitgestein wurden die Wissenschaftler vornehmlich in Ostdeutschland fündig. Im September soll eine erste Rangliste der Alternativstandorte zu Gorleben vorliegen.

Wie aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission (RSK), einer dem Bundesumweltministerium zugeordneten Expertenkommission, hervorgeht, hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt als besonders untersuchungswürdig bewertet. Für alle sechs Standorte, die als mögliche Alternative zum geplanten Endlager in Gorleben in Betracht kommen, liegt nach den Ausführungen des Expertengremium bereits ausgewertetes Datenmaterial vor. Insgesamt erfüllen nach den Erkundungen der BGR zwölf Salzstöcke in der norddeutschen Tiefebene die Vorauswahlkriterien. In einem abschließenden Bericht, der ebenfalls im September fertiggestellt sein soll, will die BGR zwölf Standorte benennen, die sich für eine intensivere Erkundung anbieten.

Bei der Wahl möglicher Lagerstätten in Granit und anderen kristallinen Gesteinsarten werden im RSK-Protokoll 25 Standorte in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg genannt. Außerdem hat sich die BGR eine Übersicht über die Granitvorkommen im Bayerischen Wald, im Oberpfälzer Wald und im Schwarzwald sowie über die Kristallinmassive im Westharz, im Odenwald und im Spessart verschafft. Bei der Vorauswahl hätten sich elf Standorte als besser geeignet herausgestellt, heißt es in dem Protokoll.

Das niedersächsische Umweltministerium, das Töpfer seit Jahren auffordert, mit der Erkundung alternativer Standorte zu Gorleben zu beginnen, begrüßte die Untersuchungen. Der Bund habe dies bislang immer hinausgezögert, sagt Sprecherin Eva-Maria Rexing. Nun gebe es erste konkrete Schritte. Allerdings blieben diese Arbeiten weit hinter den Forderungen zurück, die unabhängige Wissenschaftler auf dem internationalen Endlager-Hearing im September vergangenen Jahres aufgestellt hätten. Dort sei nicht nur die Suche nach alternativen Standorten für notwendig befunden worden, sondern auch die Entwicklung von Kriterien, nach denen die Eignung eines Standorts bewertet werden soll.

Der in Niedersachsen eigens ins Leben gerufene wissenschaftliche Beirat zum Ausstieg aus der Atomenergie ist indes nicht über die Arbeiten des Bundes informiert worden. Der Beirat sei mit genügend anderen Fragen beschäftigt, meinte Rexing dazu. Es sei nicht Aufgabe der Umweltministerin, die Wissenschaftler über Ergebnisse von Sitzungen der Reaktorsicherheitskommission zu informieren.

Ein Sprecher Töpfers betonte auf Anfrage, die Untersuchungen der Geowissenschaftler hätten einen vorsorgenden Charakter. „Falls sich Gorleben als ungeeignet erweist, wollen wir nicht mit leeren Händen dastehen."

(Kommentar Seite 2)

Presseauswertung BMU

19. MAI 1994

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

RS III 6

Jelen fühlt sich übergangen

Umweltminister gegen Atommüll-Deponie in Ostdeutschland

kau. Hannover

Der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Frieder Jelen (CDU), kritisiert die Suche des Bundes nach geeigneten Atommüllendlagern in Ostdeutschland. Mecklenburg-Vorpommern wolle nicht zum Entsorgungsgebiet für gefährliche Stoffe werden, sagte Jelen. Mit dem stillgelegten Atommeiler Lubim bei Greifswald habe das Land bereits eine nukleare Altlast. Empörend sei, daß er erst durch die Medien von den Untersuchungen erfahren habe.

Weniger beunruhigt zeigte sich dagegen sein Kollege Wolfgang Rauls (FDP) in Sachsen-Anhalt. Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) habe versichert, daß es keine konkreten Planungen gebe. Mit den Studien wolle der Bundesumweltminister offenbar nur die Daten über Ostdeutschland vervollständigen, sagte eine Sprecherin des sachsen-anhaltinischen Umweltministeriums am Mittwoch.

Aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission geht, wie berichtet, hervor, daß der Bund in Ostdeutschland nach Alternativen zum Endlagerstandort Gorleben sucht und bereits sechs Salzstöcke als besonders untersuchungswürdig eingestuft hat. Nach Angaben von Bundesumweltminister Töpfer handelt es sich dabei um vorsorgende Arbeiten. Der Bund denke nicht daran, sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben zurückzuziehen.

Die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) forderte unterdessen den Stopp der Erkundungen in Gorleben, um die „unsinnige Geldverschwendung zu beenden".

265315

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

18.5.94

Fügedeckel für Behältertyp „II a" ist genehmigt

Erster Castor im Sommer?

gel **Gorleben.** Wird ein Castor-Transport ins Gorlebener Zwischenlager in diesem Jahr, eventuell sogar noch im Sommer, immer wahrscheinlicher? Der Einlagerung eines Castors mit hochradioaktivem Atommüll steht jedenfalls aus formaltechnischer Sicht seit Anfang Mai nichts mehr im Wege: Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat eine Änderung am Fügedeckel für den Castortyp „II a" genehmigt. Ein Kernkraftwerksbetreiber könnte demnach sofort einen Castor-Transport ins Gorlebener Zwischenlager anmelden, der dann nur noch vom BfS genehmigt werden müßte. Das niedersächsische Umweltministerium als Aufsichtsbehörde könnte aus politischen Gründen einen solchen Transport nicht verhindern.

Wie die EJZ von der Brennelementlager-Gesellschaft Gorleben (BLG) erfuhr, stehe die mit mehreren Kernkraftwerksbetreibern in „konkreten Gesprächen". Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß der erste Castor aus einem Standort mit einem Druckwasserreaktor abgeschickt wird – beispielsweise aus Philippsburg bei Karlsruhe. Der Castortyp „II a" ist nämlich ein Behälter, in dem Abfall aus Druckwasserreaktoren transportiert wird, so die BLG. Im Atomkraftwerk (AKW) Philippsburg selbst sehe man dagegen „keine drängende Notwendigkeit" für einen Castor-Transport, war aus Baden-Württemberg zu erfahren. Aber man befasse sich mit dieser Möglichkeit, heißt es aus Philippsburg.

Zuletzt rechneten Ende 1992 nach Ankündigungen aus der Atomwirtschaft viele mit einem ersten Castor-Transport nach Gorleben. Ganz offensichtlich ließen die damals anlaufenden Energiekonsensgespräche die AKW-Betreiber von einem ersten Transport Abstand nehmen. Im März 1993 hatte die BLG den Änderungsantrag für den Fügedekkel gestellt. Mit dem jetzt genehmigten Fügedeckel soll es möglich sein, Schweißarbeiten nach Einlagerung des Behälters auch bei Temperaturen bis zu 60 Grad an den Bauteilen auszuführen. Nach Angaben des BfS sei dies eine Änderung für den Fall, daß beide Deckel defekt und Reparaturmaßnahmen notwendig sind. Das niedersächsische Umweltministerium weist allerdings darauf hin, daß diese Genehmigung von Betroffenen theoretisch noch beklagt werden könnte.

RS III 1

RS III 5

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

Töpfers Suche nach Gorleben-Alternative

Leichteres Spiel?

Von MARIO BECK

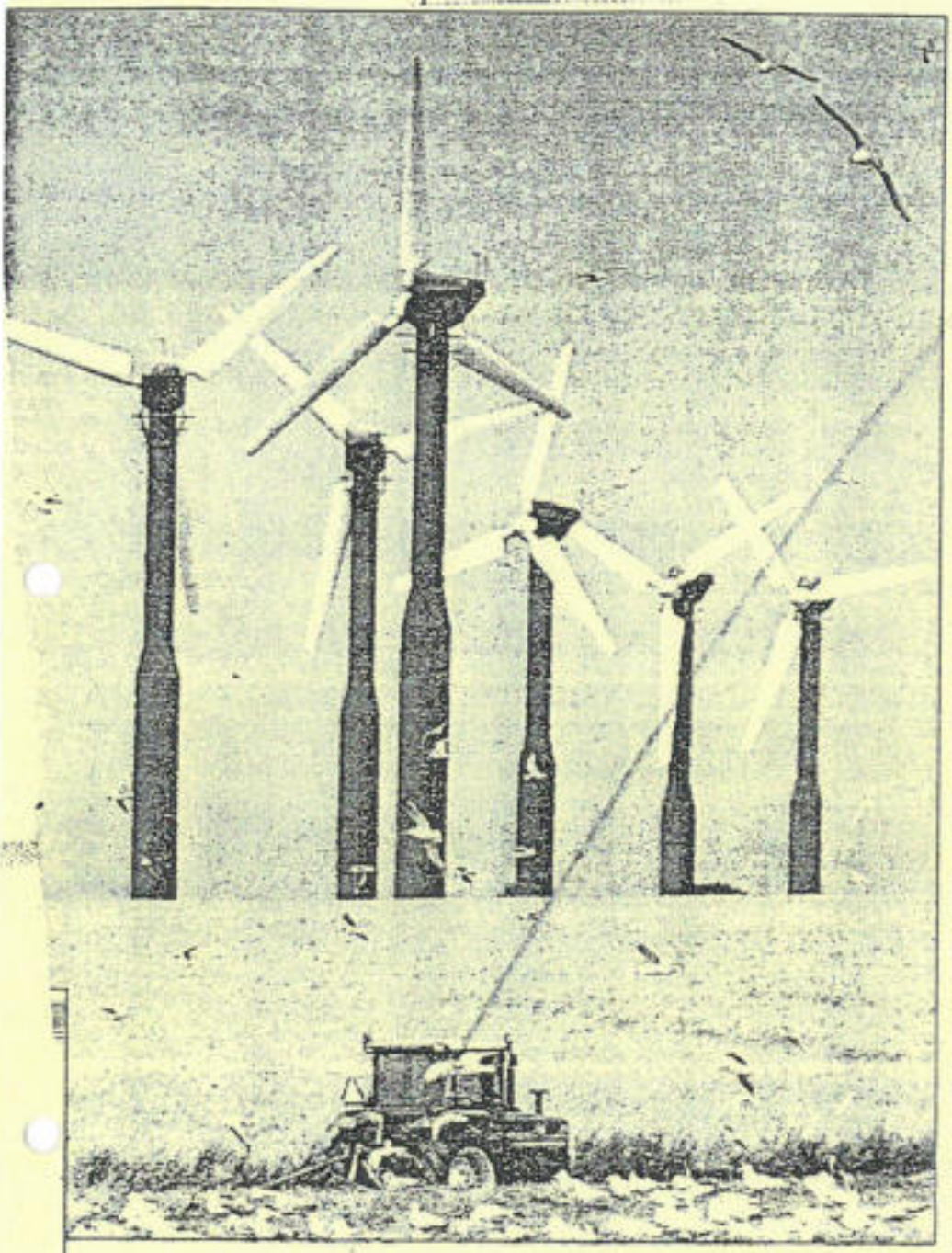
Die deutsche Nukleargemeinde und ihr politischer Wegbereiter, CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer, stehen unter Zeitdruck. 60 000 Kubikmeter hochverstrahlter Müll aus den Kernkraftwerken harren zwischengelagert in Abklingbecken und in gepanzerten Behältern der Dinge, die da kommen sollen: sichere Endlagerung oder Aufarbeitung in der geplanten Atomfabrik in Hanau. Beide Entsorgungsvarianten sind gerichtsanhängig. Wie der Streit ausgeht, ist auf Jahre völlig offen. Das von den Uranverheizern gezeichnete Modell eines sicheren Entsorgungskreislaufes hat längst seinen Bilderbuchcharakter verloren. Die Zeche für die „saubere" Energie sind zählebige Plutonium- und Uranreste.

Wenn Töpfer jetzt Experten gen Osten schickt, um dort brauchbare unterirdische Depots aufzuspüren, spricht das für zwei Überlegungen. Er hat den Salzstock Gorleben abgeschrieben und stellt damit die allergischen niedersächsischen Landespolitiker zufrieden. Auf der anderen Seite rechnet der Reaktorobere damit, daß ihm in den Neuländern kein solcher Proteststurm entgegenweht wie bei seinen bisherigen Anläufen. Morgenluft für solch leichtes Spiel dürfte der CDU-Politiker mit seinem erfolgreichen Morsleben-Vorstoß gewittert haben. Der sachsen-anhaltinische FDP-Umweltminister Wolfgang Rauls streckte schnell die Waffen, als der Bund mit dem Export von leicht- und mittelstarkem Strahlungsmüll aus den Altländern in das ehemalige Zwischenlager der DDR Ernst machte.

Töpfer muß aufpassen, daß bei seiner Suche nicht der Verdacht entsteht, Bonn wolle den Weg des geringsten Widerstandes dem der größtmöglichen Lagersicherheit vorziehen. Nur letzteres darf das Kriterium für den künftigen Standort eines Nulearfriedhofes sein, um den Deutschland nicht herumkommt.

R S III 6

265317



Auch bei der Nutzung der Windenergie machen sich deren Befürworter ein zu optimistisches Bild. Um mit Windgeneratoren beispielsweise eine Leistung von 1000 Megawatt (das entspricht etwa der Kapazität von eineinhalb Kohlekraftwerken) zu erzeugen, wären 4000 Propeller notwendig in einer oder mehreren Ketten von 1000 Kilometer Gesamtlänge. Das entspricht einer Länge von Emden nach Sylt in mehreren Reihen hintereinander.

Es ist daher völlig unrealistisch, wenn Umweltgruppen die Kernenergie bis zum Jahr 2000 allein durch Windkraftwerke ersetzen wollen. Um die Energieerzeugung eines einzigen Kernreaktors zu erbringen, wären rund 16 000 Windgeneratoren notwendig. Die Probleme der Energiespeicherung in windarmen Tagen sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt.

Auch die Nutzung der Sonnenenergie wirft große technische Probleme auf. In der Regel scheint die Sonne immer dann, wenn man ihre Energie gerade nicht oder weniger benötigt. Große Energiespeicher sind notwendig oder die zumindest Möglichkeit, auf die Stromerzeugung anderer Kraftwerke zurückzugreifen. Die Sonnenenergie kann daher immer nur einen kleinen Beitrag zum Gesamtverbrauch leisten. Und selbst der rechnet sich noch nicht.

Sonnenzellen, die auf den Hausdächern Wasser erhitzen, sind bei den heutigen niedrigen Energiepreisen nach wie vor unwirtschaftlich. Eine Solarkollektoranlage kostet für ein Einfamilienhaus etwa 10 000 Mark. Die Anlage spart jährlich rund 300 Liter Heizöl. Die Investitionskosten sind erst in mehreren Jahrzehnten wieder hereingeholt. Auch Zellen, die aus der Sonneneinstrahlung gleich Strom erzeugen, sind weit von der Wirtschaftlichkeit entfernt. Das Bundesforschungsministerium in Bonn: „Die Investitionskosten von derzeit 25 000 Mark für ein Kilowatt Leistung müßten auf etwa ein Fünftel reduziert werden, um im Vergleich zum heutigen Energiepreisniveau akzeptable Stromkosten von unter 50 Pfennige je Kilowattstunde erreichen zu können." In kaum einer Rechnung der Umweltgruppen ist zudem von der Energie-Amortisation die Rede. Bau, Betrieb, Abriß und die Beschaffung des Brennstoffs kosten, auf die gesamte Lebensdauer der Anlagen betrachtet, eine bestimmte Menge an Energie. Von einem sinnvollen System muß man daher erwarten, daß es mindestens den gleichen Betrag dieses Energieeinsatzes wieder herausholt. Während dies bei einem Kernkraftwerk innerhalb eines Monats schon der Fall ist oder bei einem Steinkohlekraftwerk in drei Monaten, dauert es bei Windgeneratoren etwa zehn Monate, bei Sonnenkollektoren rund ein Jahr, bei photovoltaischen Zellen sind es sogar mehrere Jahre. Ihre Energieeffizienz ist also relativ gering.

Was bleibt also zu tun? Sicherlich muß die Forschung für die regenerativen Energiequellen weiter vorangetrieben werden. Immerhin wurde bislang für die Entwicklung des Leichtwasserreaktors ungefähr das Dreifache an Fördermitteln ausgegeben wie für die regenerativen Energien. Dafür wurden bislang nur rund drei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Erst wenn es zu dramatischen Verbesserungen in der Wirtschaftlichkeit kommt, sind regenerative Energien eine wirkliche „Alternative". Bis dahin heißt die Devise: Energiesparen, Energiesparen, Energiesparen . . .

Literaturempfehlung:
Martin Kaltschmitt/Andreas Wiese (Hrsg.), Erneuerbare Energieträger in Deutschland, Heidelberg 1993, Springer-Verlag, 370 Seiten, 68 Mark.

265318 ,294

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Bonn, 19.05.94

Telefax-Nr.: 0228/305-2016
Ansprechpartner: 0228/305-2010
Referat: Presse Bearbeiter: [redacted]

WICHTIGES TELEFAX

An AL RS

Telefax Nr.: NU

Seitenzahl incl. Vorblatt: -4-

Mitteilung/Bemerkung:

Eilt!!

Bitte sofort vorlegen

295

☐ Welt am Sonntag ☐ Tageszeitung ☐ Neue Zeit ☐ Kurier ☐ Wochenpost
☐ Tagesspiegel ☐ BILD ☐ Junge Welt ☐ Der Spiegel ☐ Eulenspiegel
☐ Bln. Morgenpost ☐ Bln. Zeitung ☐ ND ☐ Die Wirtschaft ☐
Mecklenb./Vorpommern: ☐ Ostsee-Zeitung ☐ Schweriner Ztg. ☐
Brandenburg: ☐ Märkische Allgem. ☐ Märkische Oderztg. ☐
Sachsen-Anhalt: ☐ Mitteld. Zeitung ☒ Magdb. Volksstimme
Sachsen: ☐ Leipziger Ztg. ☐ Sächsische Ztg. ☐
Thüringen: ☐ Thüringer Landesztg. ☐ Freies Wort ☐

Original schlecht lesbar

265319

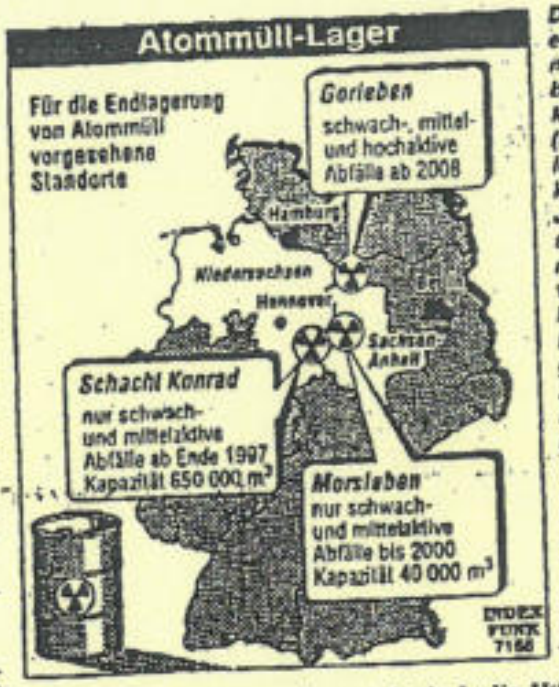
19.5.94

Töpfer-Ministerium auf der Suche nach Ersatzschächten für Gorleben

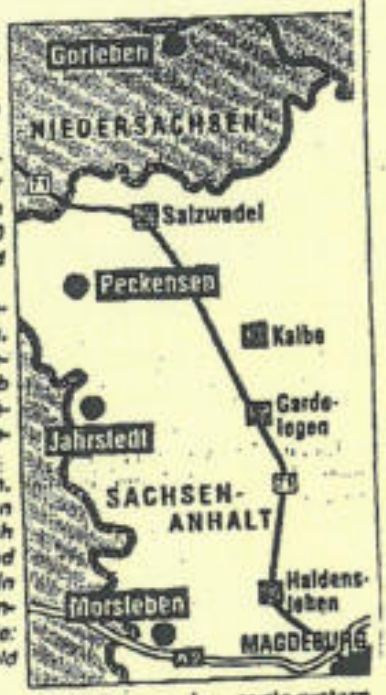
Entsetzen in der Altmark über Bonner Atommüll-Alternativen

Magdeburg/Bonn (EB). Die Nachricht schlug gestern in der Verwaltungsgemeinschaft Jeetze-Ohre-Drömling im Kreis Lüchtze wie eine Bombe ein. Ein Salzstock zwischen Jahrstedt und Kunrau soll als alternativer Standort für ein atomares Endlager erkundet werden.

„Unvorstellbar", so die erste Reaktion von Verwaltungschef Jürgen Bammel, der für die FDP bei der Wahl als Landratskandidat im künftigen Kreis Altmark-West antritt. „Wir sind ein strukturschwacher Raum, der auf den Ausbau des Fremdenverkehrs setzt. Ich würde den Widerstand mit organisieren. Ein Atommüll-Endlager brauchen wir in der Altmark auf keinen Fall."



Deutschlands einziges Atommüllendlager befindet sich in Morsleben (Kreis Haldensleben). Hier können bis zum Jahr 2000 schwach- und mittelradioaktive Stoffe eingelagert werden. Die Bundesregierung will ab 2008 in Gorleben auch hochradioaktive Stoffe einlagern. Als Alternativen wurden auch Jahrstedt und Peckensen in der Altmark untersucht. Karte: Ines Meisterfeld



Bei Erdgasbohrungen auf Salz gestoßen

Der vom Bundesamt für Strahlenschutz ins Auge gefaßte Erkundungsort liegt nördlich der Landstraße zwischen Kunrau und Jahrstedt. Dort gab es vor zwölf Jahren – nach geophysikalischen Untersuchungen – eine Probebohrung. Man suchte nach Erdgas. Bis zu einer Tiefe von 1 000 Metern soll diese Bohrung abgeteuft worden sein. In einer Tiefe von 250 Metern soll man damals auf einen Salzstock gestoßen sein. Zwischen Kunrau und Jahrstedt sind noch alte Spuren der damaligen Probebohrung zu erkennen.

Die Diskussion um Gorleben-Alternativen sei „ein alter Hut", hieß es gestern auf Volksstimme-Nachfrage beschwichtigend aus dem Bonner Umweltministerium, nachdem die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" am Mittwoch die Alternativ-Standorte zu Gorleben genannt hatte.

Umweltminister Klaus Töpfer räumte ein, daß „rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten" an anderen Salzstöcken und Granitformationen eingeleitet worden seien für den Fall, daß sich Gorleben „nach den Erkundigungen wider Erwarten als ungeeignet herausstellen" sollte. Darunter fallen auch die Altmark-Gemeinden Peckensen (Kreis Salzwedel) und Jahrstedt, die bei der Prüfung als „besonders untersuchungswürdig" eingestuft wurden.

Über Gorleben könne erst im Jahr 2000 endgültig entschieden werden, erklärte Töpfers Pressesprecher Franz-August Emde. In den 70er Jahren seien in den alten Ländern bereits Alternativ-Untersuchungen für Gorleben eingeleitet worden. 1991/92 habe man die Prüfung auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Das neue Datenmaterial werde jetzt vom Ministerium geprüft und soll Ende des Jahres öffentlich vorgestellt werden.

Das Magdeburger Umweltministerium habe erst aus den Medien von den Untersuchungen erfahren, sagte Pressesprecherin Lydia Hüskens. Das sei aber normal, da es noch keine konkreten Planungsvorhaben gebe.

Geologe: „Salzstöcke als Lager ungeeignet"

In Jahrstedt und Peckensen gibt es Salzstöcke, erklärte der Stendaler Diplom-Geologe Gotthard Knebel. Der Jahrstedter ist relativ klein. Bei Peckensen handele es sich aber um „eine riesige, 20 Kilometer lange Salzmauer", die von 4 000 Meter Tiefe bis auf ca. 500 Meter ansteigt. Beide Salzstöcke liegen auf der „Scholle von Calvörde", einer nach Süden abfallenden Pultscholle. Nach Norden wird sie von einer „Störungszone" begrenzt, die unter Gardelegen in nordwestlicher Richtung verläuft. Südliche Grenze ist die „Störungszone" von Haldensleben.

Es sei für ihn unverständlich, warum mit Jahrstedt und Peckensen zwei Salzstöcke als mögliches Atommüll-Endlager diskutiert werden, sagte gestern der Geologe Wolfgang Rost aus Biederitz. Salzstöcke seien prinzipiell als Lager ungeeignet, weil sie immer an tektonischen Schwächestellen entstehen.

Nach Rosts Angaben gibt es über beide Bereiche detaillierte geologische Unterlagen, da dort im Rahmen der Erdgassuche seit den sechziger Jahren häufig gebohrt wurde.

„Salzstöcke haben nur scheinbar einen ökonomischen Vorteil, weil sie dicht an der Oberfläche liegen. Doch der Ärger kommt bestimmt, spätestens beim Gutachten über die Langzeitsicherheit. Denn diese Nachweis kann für einen Salzstock nicht erbracht werden", so der Geologe, der früher für Erdöl/Erdgas Gommern gearbeitet hatte.

Die Salzstöcke bei Jahrstedt und Peckensen wären auf keinen Fall günstiger als Gorleben, denkt der Geologe: „Der einzige ‚Vorteil': Sie liegen in Sachsen-Anhalt."

RSK/ELA-Protokoll geht an alle Länder!

PRESSESCHAU

[ ] Welt am Sonntag	[ ] Tageszeitung	[ ] Neue Zeit	[ ] Kurier	[ ] Wochenpost
[ ] Tagesspiegel	[ ] BILD	[ ] Junge Welt	[ ] Der Spiegel	[ ] Eulenspiegel
[ ] Bln. Morgenpost	[ ] Bln. Zeitung	[ ] ND	[ ] Die Wirtschaft	[ ]

Mecklenb./Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
[ ] Ostsee-Zeitung	[ ] Märkische Allgem.	[ ] Mitteld. Zeitung	[ ] Leipziger Vrtg.	[ ] Thüringer Landesztg.
[ ] Schweriner Vrtg.	[ ] Märkische Oderztg.	[X] Magdb. Volksstimme	[ ] Sächsische Ztg.	[ ] Freies Wort
[ ]	[ ] Lausitzer Rundschau	[ ]	[ ] Dresdn. Morgenpost	[ ]
[ ]	[ ]	[ ]	[ ] Freie Presse	[ ]

19.5.94

S. 1

265320

Original schlecht lesbar

Atommüll-Endlager

Alternative für Gorleben in der Altmark?

Hannover/Magdeburg/Bonn (EB/dpa/AP). Die Altmark-Gemeinden Peckensen (Kreis Salzwedel) und Jahrstedt (Kreis Klötze) könnten Alternativ-Standorte zum umstrittenen Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben werden. Sie gehören zu den sechs von 25 geprüften Salzstöcken in Ostdeutschland, die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als „besonders untersuchungswürdig" eingestuft wurden.

Die Bundesregierung will an Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle festhalten, sagte gestern Umweltminister Klaus Töpfer (CDU). Seite 4

297

[ ] Welt am Sonntag	[ ] tageszeitung	[ ] Neue Zeit	[ ] Kurier	[ ] Wochenpost
[ ] Tagesspiegel	[ ] BILD	[ ] Junge Welt	[ ] Der Spiegel	[ ] Eulenspiegel
[ ] Bln. Morgenpost	[ ] Bln. Zeitung	[ ] ND	[ ] Die Wirtschaft	[ ]

Meckl.-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
[ ] Ostsee-Zeitung	[ ] Märkische Allgem.	[ ] Mitteld. Zeitung	[X] Leipziger Vrtg.	[ ] Thüringer Landesztg.
[ ] Schweriner Vrtg.	[ ] Märkische Oderztg.	[ ] Magdb. Volksstimme	[ ] Sächsische Ztg.	[ ] Freies Wort
[ ]	[ ] Lausitzer Rundschau	[ ]	[ ] Dresdn. Morgenpost	[ ]
[ ]	[ ]	[ ] 19.5.94	[ ] Freie Presse	[ ]

265321

Töpfers Suche nach Gorleben-Alternative

Leichteres Spiel?

Von MARIO BECK

Die deutsche Nukleargemeinde und ihr politischer Wegbereiter, CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer, stehen unter Zeitdruck. 60 000 Kubikmeter hochverstrahlter Müll aus den Kernkraftwerken harren zwischengelagert in Abklingbecken und in gepanzerten Behältern der Dinge, die da kommen sollen: sichere Endlagerung oder Aufarbeitung in der geplanten Atomfabrik in Hanau. Beide Entsorgungsvarianten sind gerichtsanhängig. Wie der Streit ausgeht, ist auf Jahre völlig offen. Das von den Uranverheizern gezeichnete Modell eines sicheren Entsorgungskreislaufes hat längst seinen Bilderbuchcharakter verloren. Die Zeche für die „saubere" Energie sind zählebige Plutonium- und Uranreste.

Wenn Töpfer jetzt Experten gen Osten schickt, um dort brauchbare unterirdische Depots aufzuspüren, spricht das für zwei Überlegungen. Er hat den Salzstock Gorleben abgeschrieben und stellt damit die allergischen niedersächsischen Landespolitiker zufrieden. Auf der anderen Seite rechnet der Reaktortöbere damit, daß ihm in den Neuländern kein solcher Proteststurm entgegenweht wie bei seinen bisherigen Ankäufen. Morgenluft, für solch leichtes Spiel dürfte der CDU-Politiker mit seinem erfolgreichen Morsleben-Vorstoß gewittert haben. Der sachsen-anhaltinische FDP-Umweltminister Wolfgang Rauls streckte schnell die Waffen, als der Bund mit dem Export von leicht- und mittelstarkem Strahlungsmüll aus den Altländern in das ehemalige Zwischenlager der DDR Ernst machte.

Töpfer muß aufpassen, daß bei seiner Suche nicht der Verdacht entsteht, Bonn wolle den Weg des geringsten Widerstandes dem der größtmöglichen Lagersicherheit vorziehen. Nur letzteres darf das Kriterium für den künftigen Standort eines Nuklearfriedhofes sein, um den Deutschland nicht herumkommt.

Original schlecht lesbar

20. MAI 1994

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

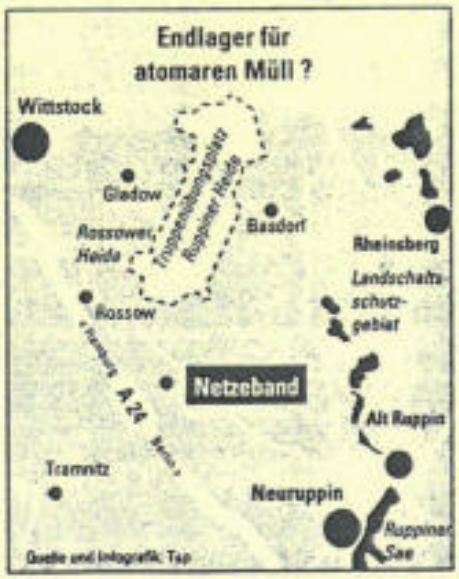
Klare Absage an atomares Endlager in Brandenburg

Umweltminister spricht von politischer Instinktlosigkeit / Ablehnung am diskutierten Standort Netzeband

Ste. NEURUPPIN, 19. Mai. In scharfer Form hat Brandenburgs Umweltminister Matthias Platzeck auf Berichte aus der deutschen Reaktorsicherheitskommission reagiert, wonach der nordbrandenburgische Ort Netzeband als ein möglicher Standort für ein Bundesendlager für radioaktive Stoffe in Betracht komme. „Es ist eine politische Instinktlosigkeit, über Standorte zu diskutieren, ohne die betroffenen Länder einzubeziehen", sagte Platzeck. Obwohl Bundes- und Landesministerium auch im Bereich der Reaktorsicherheit eng zusammenarbeiteten, „hatte uns der Bund darüber nicht informiert".

Am Mittwoch war bekanntgeworden, daß Geowissenschaftler des Bundes seit Monaten nach Alternativen für das im niedersächsischen Salzstock Gorleben geplante Endlager suchen. Dabei hätten sie sechs Salzstöcke in Ostdeutschland als besonders untersuchungswürdig bewertet. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften schloß am Donnerstag zwar Geländeuntersuchungen auf absehbare Zeit in Ostdeutschland aus. Doch wenn sich wider Erwarten die Nichteignung des Gorlebener Salzstockes erweise, werde mit Prüfungen in den neuen Ländern begonnen. Die Nachrichtenagentur dpa zitierte aus einem Sitzungsprotokoll der Reaktorsicherheitskommission in Bonn, in dem die Namen der Salzstöcke Gölze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt genannt worden waren. Werle liegt jedoch in Mecklenburg. Netzeband ist ein 100-Seelen-Ort bei Neuruppin, fast auf halber Strecke zwischen Berlin–Hamburg.

Brandenburg habe sich politisch klar gegen Kernenergie ausgesprochen und werde sich auch gegen ein Endlager auf märkischem Sand aussprechen, erklärte Platzeck. Er verwies darauf, daß solch ein Endlager nicht mit der notwendigen Landessammelstelle für schwach- und mittelradioaktive Stoffe vergleichbar sei, da ein Endlager auch abgebrannte hochradioaktive Kernbrennstoffe aufnehmen soll. Für den Nordosten Brandenburgs erwartete Platzeck durch die Nennung des Namens Netzeband „negative wirtschaftliche Konsequenzen, weil das Thema Endlager katastrophale Wirkungen in der Öffentlichkeit hat". Er verwahrte sich dagegen, daß der Osten Deutschlands, wo kein einziges Atomkraftwerk in Betrieb sei, „zur Kippe des westdeutschen Atommüll" werden soll.



In Netzeband selbst löste die Nachricht aus Bonn Bestürzung. „Gerade jetzt, wo wir erfolgreich beginnen, neues Leben in die bisher ganz auf Landwirtschaft ausgerichtete Region zu bringen, schockiert uns die Meldung natürlich besonders", sagte Johanna Wagenfeld, Chefin der Anfang Mai eröffneten Märkischen Höfe. Mit Fördermitteln mehrerer Ministerien und der EU entstanden Pensionen, eine Garten- und eine Baumschule sowie ein Begegnungszentrum in der renovierten Kirche. Außerdem befinde sich in der Nähe der große Bombenabwurfplatz der Bundeswehr, von dem sicher ein besonderes Gefährdungspotential für ein Endlager ausgehe. „Doch wir verfallen nicht in Panik, sondern machen weiter", bekräftigte Frau Wagenfeld.

265323

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
* FAZ
* Die Welt
* Bild
* Süddeutsche Ztg.
* Tagesspiegel
* Handelsblatt
* taz
* WAZ
* Stuttgarter Ztg.
* Hamb. Morgenpost
* Leipziger Volksztg.
* General Anzeiger
* Bonner Rundschau
* Kölner Stadt Anzg.
* Neue Osnabr. Ztg.
* Hannoversche Allg.
* Saarbrücker Ztg.
* Express
* Flbg. Tagesblatt
* Elbe-Jeetzel-Ztg.
* Die Rheinpfalz
* Badische Ztg.
* VDI-Nachrichten
* Wochenpost
* Stern
* Spiegel
* Die Zeit
* Rhein. Merkur
* Sonntagsblatt
* Wirtsch. Woche
* Natur
* BN-Energ.Report
* Welt am Sonntag
* Bild am Sonntag
* Auto Bild
* Focus
* Freitag
* Die Woche

20. 05. 1994

Tschernobyl-Bombe tickt lauter

■ IAEO-Experte berichtet über haarsträubende Zustände in Tschernobyl / EU bringt eigene Experten zum Schweigen

Stuttgart (taz) – Über acht Jahre nach dem Atomunfall von Tschernobyl dümpeln die Nachrüstungsmaßnahmen an dem Reaktorkomplex vor sich hin. Lange angekündigte Verbesserungsmaßnahmen an den noch laufenden Blöcken sind immer noch nicht abgeschlossen. Bei ihrer letzten Mission im März dieses Jahres stieß eine Expertenkommission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) neben den bekannten Sicherheitsdefiziten auf weitere haarsträubende Mängel: Die komplexen Rohrsysteme zur Kühlung des Reaktors können nicht überwacht werden. Der Bericht über die Mission wurde von der ukrainischen Regierung allerdings nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Das berichtete Luis Lederman von der Wiener Atombehörde zum Abschluß der Jahrestagung Kerntechnik '94 in Stuttgart.

Die fehlenden Möglichkeiten zur Inspektion der Rohre seien deshalb ein „sehr kritisches Problem", weil in anderen Anlagen desselben Typs, die über entsprechende Überwachungsgeräte verfügen, gefährliche Risse und Fehler gefunden wurden und das Abschaltsystem insbesondere der Tschernobyl-Blöcke 1 und 2 bei größeren Rohrabrissen den Reaktor nicht vor dem Durchbrennen schützt.

Als „sehr ernste Schwächen" kritisierte Lederman auch die Tatsache, daß die Hauptdampfleitungen unmittelbar über dem Kontrollraum verlaufen und gleichzeitig eine Notwarte für den Ernstfall fehlt. Außerdem gebe es immer noch erschreckende Mängel beim Brandschutz der Anlage.

Viktor Glygalo vom staatlichen ukrainischen Komitee für Reaktorsicherheit in Kiew berichtet über zahlreiche, häufig im Ansatz gescheiterte und vergebliche Versuche, den Meiler sicherer zu machen. So sei der Reaktivitätskoeffizient, der darüber entscheidet, ob bei Störfällen die nukleare Kettenreaktion ansteigt oder zusammenbricht, immer noch positiv. Im Klartext: Der Meiler hat nach wie vor einen permanenten Hang zum Durchgehen. Dennoch glaubt Glygalow, sei „eine Wiederholung des Unfalls von 1986 praktisch ausgeschlossen". Nach einer entsprechenden Entscheidung des ukrainischen Parlaments vom Oktober 1993 sollen mit Ausnahme des 1986 explodierten Blocks 4 alle Einheiten weiterbetrieben werden. Block 2, in dessen Turbinenhalle 1992 ein Großfeuer ausbrach, soll laut Glygalow Anfang kommenden Jahres wieder ans Netz gehen, Block eins nur noch laufen, wenn es „absolut notwendig" ist. Der etwas jüngere Block 3 wird noch weitere drei bis vier Jahre „ertüchtigt", versicherte Glygalo. Zwischen 1997 und 2002 wären an den verschiedenen Reaktoren weitreichende Erneuerungsarbeiten durchzuführen. Bis dahin will die Ukraine jedoch mit westlicher Unterstützung sechs neue Druckwasser-Reaktoren sowjetischer Bauart als Ersatz für die Tschernobyl-Zentrale fertigstellen.

Für erhebliche Verärgerung bei den Veranstaltern der Atomtagung sorgte ein Maulkorb, den der EU-Direktor Rolf Timans sich und sämtlichen Wissenschaftlern umgebunden hatte, die in Stuttgart über eine EU-finanzierte Untersuchung zum Zustand der Tschernobyl-Reaktoren berichten sollten. Vor der öffentlichen Präsentation der Ergebnisse im Juni sei der Bericht „streng geheim", ließ Timans die verdutzten Wissenschaftler wissen. Seinen eigenen Plenarvortrag ließ der Eurokrat am Tag vor dem geplanten Auftritt von seiner Sekretärin per Fax absagen. Die Art und Weise des EU-Rückzugs sei „an Unfreundlichkeit kaum zu überbieten", meinte einer der Organisatoren. **Gerd Rosenkranz**

gegen Atommüllagerung in Kraak"

Rastow, 20.05.1994

Fernschreibstelle BMU 24.05.94

Bundesumweltministerium Bonn
FAX 0228/3053225

Helga Karl 03868/296
Inge Oling 03868/232
A.-H.Hoppe Fax 03868/30012

BMU 6397

Atomares Endlager Ost/Kraak

Aufgeschreckt durch die Radiomitteilungen über Antenne MV vom 18.05.1994 und den Artikel in der Schweriner VZ vom 19.05.1994, wurde den Bewohnern in und um Kraak offeriert, daß ihre Ortschaft mit seiner geologischen Beschaffenheit als möglicher, idealer Standort für ein Atommüllager in Frage kommt.

Nicht genug das Kraak bereits durch einen Erdgas-Untergrundspeicher der Hamburger Gaswerke belastet werden soll, Genehmigungen sind hierzu durch das Bergamt Rostock und das Schweriner Wirtschaftsministerium bereits erteilt worden, wird nun scheinbar erneut ohne vorherige Bürgerinformation versucht, der Region um Kraak eine noch größere Bürde aufzulasten.

So kann und wird dies nicht länger hingenommen.

Unverständnis und Empörung breitet sich in der Region aus. Die Bürger fordern zu Recht parteiübergreifendes Handeln.

Die Belastungen für die Gemeinde Rastow/Kraak ergeben sich dabei nicht nur aus dem möglichen Gefahrenpotential einer atomaren Endlagerungsstelle.

Rastow, Kraak und die umliegenden Gemeinden sind Dörfer mit vorwiegendem Wohncharakter. Die Landesregierung hat eine Ausweitung der gewerblichen Nutzflächen bisher unterbunden und unterstützte dafür die Neuschaffung von Wohngebieten. Die so im Vorwege entstandenen Belastungen für die Gemeinden sind dabei erheblich. An eine Vermarktung der Bauflächen und die Ansiedlung neuer Mitbürgern ist aber wohl kaum zu denken, wenn über den Gemeinden das Schreckgespenst namens Atommüllager schwebt.

Ferner verfügt die gesamte Region um Kraak über keine zentrale Abwasserentsorgung, die Straßen sind dringend sanierungsbedürftig, es fehlt an Bürgersteigen und Radwegen und selbst die Oberflächenentwässerung bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Dies alles sind Probleme, deren Lösungen eindeutig im Vordergrund stehen.

Durch das nun verbreitete Negativ-Image wird es der ganzen Region unnötig schwer gemacht, sich mit der notwendigen Dringlichkeit weiter zu entwickeln.

Für den Standort Kraak kann dies nur bedeuten, daß er als Endlagerungsstelle indiskutabel ist.
Hierzu bedarf es von Ihrer Seite einer schnellen verbindlichen Erklärung, hierzu treffen wir uns am Mit., d.25.05.94, um 19.00 Uhr in "Traudis Bierstuben".

Mit freundlichen Grüßen

BIK

265324